

15 Jahre

WESTEND

Wirtschaft

DENKEN

WISSEN

HANDELN

Stefan Bach, Heiner Flassbeck, Chrystia Freeland,
Arno Gahrman, Peter H. Grassmann,
Friedhelm Hengsbach, Ulrike Herrmann,
Wolfgang Hetzer, Paul Schreyer

Ziel)mehrung	Existenzsicherung, Tun
Mittel	Optimierung, Effizienz- und Umsatzsteigerung, Globalisierung	planvolles, zweckgerichtetes Handeln in Arbeitsteilung
Restriktionen	Renditevorgabe, Kapitalangebot, globaler Wettbewerb	Kostendeckung
Gesamtwirtschaft	hohe Produktivität, Dominanz der Konzerne	Kleinteiligkeit, Regionalbezug, Personalintensität stabile Positionen,
Mitarbeiter	Renditedruck, hohe Einkommensspannen, Arbeitsplatzrisiko	begrenzte finanzielle Attraktivität, Service-Intensität
Kunden	niedrige Preise, schicke Produkte, Auswahlstress, geringe Verlässlichkeit	feste Preise, personeller Kontakt, Service
Gesellschaft	Ökonomisierung der Zeit und des Lebens, ökonomische Spaltung	unmittelbar erlebbare Wirtschaft, sozioökonomisches Miteinander
Dritte Welt	billiger Lieferanten und Resteabnehmer, Arbeitsbeschaffung	geringe Wirkung (sowohl positiver als auch negativer Art)
	kostenloser	mangels Größe und dank

Natur/Umwelt

**Lieferant, sofern
nicht gesetzlich
reguliert; globale
Beanspruchung**

**Transparenz
geringere
Schäden,
begrenzter
Verkehrsbedarf**

Maß

quantitativ

qualitativ

Auszug aus Gahrman, Arno (2013): *Wir arbeiten und nicht das Geld. Wie wir unsere Wirtschaft wieder lebenswert machen*, S. 23–43.

Kapitalismus ist nicht das Gegenteil von Staat

von Ulrike Herrmann

Neoliberale erwecken stets den Eindruck, als ob die Wirtschaft vom Staat geknebelt würde und sich von dieser politischen Diktatur mühsamst befreien müsste. Historisch ist dies ein völlig schiefes Bild: Wo immer es Frühformen des Kapitalismus gab – da hatten diese frühen Kapitalisten auch politisch das Sagen.

Sehr typisch sind die mittelalterlichen Hansestädte Hamburg, Lübeck oder Bremen, deren prächtige Rathäuser noch heute davon zeugen, dass dort einst mächtige Senatoren tagten. Diese Patrizier waren natürlich nicht durchs breite Volk gewählt, sondern stammten aus dem erlauchten Kreis der großen Kaufleute, die die Politik der unabhängigen Stadtstaaten danach ausrichteten, was dem Fernhandel und damit ihrer Schatulle förderlich war.

Dieses Muster war in allen großen Handelsmetropolen zu beobachten. Auch in den italienischen Stadtstaaten Venedig, Florenz und Genua regierte die Geldaristokratie. Besonders berühmt wurde die Florentiner Bankiersfamilie Medici, der es sogar gelang, sich zu Großherzögen der Toskana aufzuschwingen. Nach der Entdeckung Amerikas 1492 verlagerte sich der Handel zwar gen Westen, aber auch in Antwerpen und später Amsterdam galt, dass die Kaufleute ihre Städte regierten. »Der Kapitalismus triumphierte nur dann, wenn er mit dem Staat identifiziert wurde, wenn er der Staat war«, fasst der französische Historiker Fernand Braudel dieses Phänomen zusammen.⁵

Die Handelsstädte waren der Fläche nach zwar klein, aber sie waren regionale und manchmal sogar globale Großmächte. Sowohl Venedig wie Genua besaßen zahlreiche Kolonien im Mittelmeerraum, und die Amsterdamer Kaufleute dehnten ihren Einfluss bis nach Indonesien aus, indem 1602 die Niederländische Ostindien-Kompanie gegründet und mit staatlicher Herrschaftsgewalt ausgestattet wurde. Politische Macht und wirtschaftliche Interessen waren nicht zu trennen.

Bis ins 17. Jahrhundert dominierten die großen Handelsstädte den weltweiten Handel, doch sie lagen wie kleine kapitalistische Inseln in einem weiten Meer von Feudalstaaten. Im 18. Jahrhundert ändert sich dies. Erstmals wurde ein ganzer

Nationalstaat von Kapitalinteressen regiert: England. Die schon erwähnte »Glorious Revolution« von 1688/89 war das Symbol für diesen Wandel; die »Bill of Rights« sicherte dem Parlament umfassende Rechte zu, die die Macht des Königs beschnitten. Formal wurde England damit zur konstitutionellen Monarchie, doch war das Stimmrecht daran gekoppelt, dass man ein Mindestvermögen besaß.

Eine kleine Elite, die vor allem aus dem Landadel, aber auch aus Kaufleuten bestand, dominierte das englische Parlament und sorgte dafür, dass die britische Politik ihre wirtschaftlichen Interessen bediente. Nicht zufällig hatten sie sich dafür auch den richtigen König ausgesucht: Nachdem die Briten 1688 ihren katholischen König Jakob II. gestürzt hatten, trugen sie die Krone Wilhelm III. von Oranien-Nassau an, der gleichzeitig der Statthalter der Niederlande war.

Allerdings wäre es falsch zu behaupten, dass die englischen Kaufleute bis dahin unter ihren Monarchen gelitten hätten. Spätestens seit dem 16. Jahrhundert gehörte es zum Programm der englischen Könige, die Wirtschaft zu fördern, wie Adam Smith 1776 bezeugt: »Seit der Herrschaft von Elisabeth hat sich die englische Gesetzgebung besonders um die Interessen des Handels und der Manufakturen bemüht, und in Wirklichkeit gibt es kein Land in Europa, Holland nicht ausgenommen, wo das Recht dieser Art von Industrie so gewogen ist.«⁶

Das englische Beispiel machte bald Schule, denn auch anderen europäischen Monarchen war deutlich, dass sie ihre Wirtschaft fördern mussten, wenn sie die permanenten Kriege in Europa überstehen wollten. Armeen waren teuer und ließen sich nur durch eine prosperierende Ökonomie finanzieren. Ab dem 17. Jahrhundert kam daher europaweit der sogenannte »Merkantilismus« in Mode, der zwar nie ein geschlossenes theoretisches Konzept darstellte, aber in fast allen Ländern dazu führte, dass die Herrscher bemüht waren, Manufakturen zu gründen und die Exporte ihres Landes zu steigern. Wieder war die Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft eng: Die meisten Könige hatten bürgerliche Berater, die ihnen erklärten, wie das Handelsleben funktionierte. Legendär wurde der russische Zar Peter der Große, der 1697 sogar unter falschem Namen nach Holland reiste, um in Zaandam auf einer Werft zu arbeiten und die Wirtschaft dieser reichen Handelsnation zu studieren.

Diese kurze historische Skizze zeigt bereits, dass der Kapitalismus nicht gegen den Staat entstanden ist, sondern immer Staatshilfe genossen hat. Allerdings wandelte sich die Rolle des Staates im 19. Jahrhundert fundamental, als mit der Industrialisierung der moderne Kapitalismus einsetzte. Der Merkantilismus hatte

sich abgemüht, in einer weitgehend stagnierenden Wirtschaft Wachstum zu erzeugen. Mit der Industrialisierung stellte sich das Problem genau umgekehrt: Nun gab es zwar Wachstum, aber die rasante technische Entwicklung hatte ungeahnte gesellschaftliche Folgen, die nur der Staat bewältigen konnte.⁷

Damit sich der Kapitalismus entfalten konnte, war es notwendig, die Bevölkerung besser auszubilden, Universitäten zu gründen und die Forschung zu finanzieren. Die explodierenden Städte mussten geplant und verwaltet, Straßen und Eisenbahnen gebaut werden. Potentiell gefährliche Produkte wie neue Medikamente mussten überwacht, die Sicherheit der Fabriken kontrolliert und Umweltschäden vermieden werden. Der Staat war plötzlich überall gefragt.

Zudem hätten zentrale technische Entwicklungen gar nicht stattfinden können, wenn der Staat nicht mitgezogen hätte. Ein Beispiel: Für die Deutsche Edison-Gesellschaft (später AEG) lohnte es sich nur, ins Elektrizitätsgeschäft einzusteigen, weil die Stadt Berlin als sicherer Kunde zur Verfügung stand und 1884 einen Konzessionsvertrag mit der Firma abschloss.

Vor allem aber musste der Staat dafür sorgen, dass die Bevölkerung den technischen Wandel aushalten konnte. »Wohlstand für alle« klingt zwar gut, aber der ständige Produktivitätsfortschritt ist auch eine Zumutung. Wissen veraltet, einst sichere Arbeitsplätze verschwinden, und im Wettstreit um die besten Jobs kann nicht jeder siegen. Der Soziologe Karl Otto Hondrich hat die Dialektik des Fortschritts sehr schön beschrieben: »Wettbewerb erzeugt Ungleichheit. Sogar wenn alle ihre Leistung steigern, sind einige zum Scheitern verdammt. Der Erfolg des einen ist der Misserfolg des anderen. Leistungssteigerung führt – später oder früher, dort oder hier – zu Leistungsversagen. Dieses Leistungsversagungsgesetz ist das fundamentale Paradox der Wettbewerbsgesellschaft, eine Fortschrittsfalle, aus der es kein Entrinnen gibt. (...) Jede individuelle Leistungssteigerung im Wettbewerb beruht auf einer kollektiven Vorleistung: Die Gesellschaft muss ja sagen zum Leistungsversagen!«⁸ Das Ergebnis ist bekannt: Alle westlichen Länder haben eine staatliche Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe eingeführt, um wenigstens die größten Härten des Kapitalismus abzufedern.

Die wachsende Bedeutung des Staates spiegelt sich in der sogenannten Staatsquote wider, die den Anteil öffentlicher Ausgaben an der jährlichen Wirtschaftsleistung misst, und diese Staatsquote ist rasant gestiegen. Lag sie im Kaiserreich noch bei fünf bis sieben Prozent, hatte sie in der Weimarer Republik schon 15 bis 20 Prozent erreicht – und 2011 betrug sie in Deutschland 45,3 Prozent.⁹